



PRESSE

PRESSEMITTEILUNGEN

12. DEZEMBER 2012 - PRESSE

## Beihilfe zum Suizid darf nicht zum Normalfall werden: kfd fordert Ausbau der ambulanten und stationären Palliativversorgung

In einem Brief an den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages warnt die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) noch einmal eingehend vor einer schleichenden Legitimierung der aktiven Sterbehilfe. Der Ausschuss berät heute über den von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger vorgelegten Entwurf des Gesetzes zur Suizid-Beihilfe.

„Es darf in unserer Gesellschaft nicht zum Normalfall werden, dass von Krankheit und Leiden betroffene Menschen ihrem Leben ein Ende setzen, weil sie fürchten, anderen zur Last zu fallen“, kritisiert die kfd-Bundevorsitzende, Maria Theresia Opladen, den vorliegenden Gesetzentwurf. Dieser verbietet allein die gewerbsmäßige Förderung der Selbsttötung. Jede andere Form der organisierten Suizid-Beihilfe, z.B. im Verein, bleibt straffrei. Das lehnt die kfd strikt ab.

Stattdessen setzt sich der Verband dafür ein, dass die gesetzlichen Vorgaben zur ambulanten und stationären Palliativversorgung umgesetzt werden. Er fordert zudem eine neue Kultur des Sterbens und der Sterbebegleitung. In diesem Zusammenhang engagiert sich die kfd auch für die Unterstützung und Förderung von Angehörigen und Ehrenamtlichen, die Menschen bis zum Tod betreuen. Hierzu gehört auch die Forderung nach einer zeitlich befristeten Freistellung von der Erwerbsarbeit.

Die kfd als Frauenverband beschäftigt sich intensiv mit diesem Themenkomplex, weil es

in einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft in erster Linie die Frauen sind, die andere im Sterben begleiten. Aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung pflegen sie häufiger ihren Partner bis zum Tod. Statistisch gesehen bleiben sie auch öfter allein zurück und verfügen dann in der Regel über geringere finanzielle Mittel als Männer, um für die eigene Betreuung bis zum Tod vorzusorgen.

### **Hintergrund:**

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ist mit rund 600.000 Mitgliedern der größte katholische Verband in der Bundesrepublik. Sie setzt sich für die Interessen von Frauen in Kirche, Politik und Gesellschaft ein. Weitere Informationen unter [www.kfd.de](http://www.kfd.de)

#### **KONTAKT**

Julia Kaballo

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0211 44992-25

Mobil: 0170 3805022

[julia.kaballo@kfd.de](mailto:julia.kaballo@kfd.de)